

per E-mail:

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Herr Bundesrat Alain Berset
Eidg. Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern / Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassung: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Aktion Medienfreiheit engagiert sich als überparteiliche Vereinigung seit vielen Jahren für liberale Rahmenbedingungen in der Medienpolitik. Da im Rahmen des vorliegenden Entwurfs zur Kulturbotschaft auch erhebliche Eingriffe in die Medienfreiheit vorgesehen sind, äussert sich die Aktion Medienfreiheit im Rahmen dieser Vernehmlassung.

Die Aktion Medienfreiheit lehnt den Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 in der vorliegenden Form ab. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Angebotsvielfalt im Internet durch neue Vorschriften eingeschränkt und die Anbieter mit neuen Abgaben belastet werden sollen.

Die Bund verweist darauf, dass nationale Fernsehveranstalter bereits heute verpflichtet sind, den überwiegenden Teil ihres Programms europäischen Werken vorzubehalten. Während man bei öffentlich finanzierten und mandatierten Sendern über solche Bestimmungen diskutieren kann, sind sie bei privaten Anbietern strikte abzulehnen. Diese Regelungen sind nicht, wie der Bundesrat ausführt, „im Interesse eines möglichst vielfältigen Filmangebots“ – im Gegenteil.

Die Idee, eine „Investitionspflicht“ für alle Online-Plattformen, welche Streamingdienste anbieten, vorzusehen, ist falsch – ebenso wie die Androhung einer Strafsteuer von 4%, wenn die Quoten nicht eingehalten werden. Werden die Anbieter gezwungen, „in das einheimische Filmschaffen“ zu investieren, verringert dies die Angebotsvielfalt für die Konsumenten.

Statt die europäischen Filmemacher zu ermutigen, ihre Inhalte über leistungsfähige Streamingplattformen anzubieten, beschränken sich die innovativen Ideen der Verwaltung auf Regulierung, Einführung von Quoten, Besteuerung und Kontrolle. Dies unterstreicht einmal mehr die Bedeutung der Freiheitsrechte: Die Medienfreiheit soll die Medien vor staatlichen Eingriffen schützen. Die Kulturbotschaft 2021-2024 dokumentiert, wie aktuell und wichtig dieses Anliegen ist.

Mit freundlichen Grüssen

AKTION MEDIENFREIHEIT

Der Präsident a.i.

Gregor Rutz
Nationalrat

Der Vizepräsident:

Christian Wasserfallen
Nationalrat